



Presseinformation

Nr. 017/2010

Kiel, Mittwoch, 27. Januar 2010

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Katharina Loedige, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Günther Hildebrand, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Diskussion über den Lübecker Flughafen Blankensee:

Christopher Vogt: SPD-Appell ist peinlich!

Zur Erklärung der SPD-Landtagsabgeordneten zur Zukunft des Flughafens Blankensee sagte der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Die Erklärung der Lübecker SPD-Landtagsabgeordneten sowie der wirtschaftspolitischen Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion zum Flughafen Lübeck-Blankensee erstaunt uns sehr. Soll dieser ‚Lübecker Appell‘ der Lübecker SPD-Streithähne in Verbindung mit der Unterstützung der SPD-Landtagsfraktion ernsthaft die Reaktion auf das erfolgreiche Bürgerbegehren und auf die Aufforderung des Landes- und Fraktionsvorsitzenden Dr. Stegner zur Geschlossenheit der SPD in Sachen Flughafen Blankensee sein?“ Die Lübecker SPD habe in der Vergangenheit belegt, dass ihr weder die Perspektive des Flughafens mit seiner regionalökonomischen Bedeutung, noch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Herzen liegen, so Vogt. „Es war der Beschluss der SPD in der Bürgerschaft, der der Entwicklung des Flughafens massiv schadet.“ Die Verantwortung nun bei der Landesregierung zu suchen sei lächerlich. „Die SPD-Landtagsfraktion hat in einem Antrag, der jetzt im Wirtschaftsausschuss zur Abstimmung stand, eine Beteiligung des Landes an der Flughafengesellschaft noch ausdrücklich ausgeschlossen und unterstützt nun einen Appell aus Lübeck, der fordert, dass das Land die Infratil-Anteile übernimmt. Das passt nicht zusammen und ist einfach nur peinlich“, so Christopher Vogt.

Die SPD solle sich ihrer Verantwortung in Lübeck stellen und morgen in der Bürgerschaft dafür sorgen, dass es wieder eine Perspektive für den Flughafen gibt. „Die Landesregierung sowie die Landtagsfraktionen von CDU und FDP haben immer wieder deutlich gemacht, dass sie zu einer Unterstützung grundsätzlich bereit sind. Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, schließen wir allerdings eine direkte Beteiligung des Landes an regionalen Flughafengesellschaften aus“, so Vogt abschließend.